

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riefa.  
Verlag: Riefa.  
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weissen beschränkterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1500.  
Verlag:  
Riefa Nr. 52.

Nr. 123.

Sonnabend, 28. Mai 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Frete Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder bei Ausstraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riefa.

## Gefährdung der Außenpolitik.

### Die Wirkung des deutschen Krisengeredes auf das Ausland.

H Berlin. Entgegen den ursprünglichen Absichten hat das Reichskabinett gestern nachmittag nicht getan, weil sich bereits in der Vormittags-Sitzung ergab, daß die Notverordnung in ihren Teilen nun zunächst an die zuständigen Ressorts zurückgehen muß, damit sie die von dem Reichspräsidenten zum Ausdruck gebrachten Wünsche in die Vorlage hineinarbeiten.

Im übrigen hat die innerpolitische Situation sich heute nicht geändert. In einschlägigen politischen Kreisen der Reichshauptstadt vermerkt man aber mit Bitterkeit die Tatsache, daß die Art, wie die Krisengerichte in den letzten beiden Tagen aus innerpolitischen Gründen von manchen Seiten aufgebracht und vorbereitet worden sind, den Interessen Deutschlands im Ausland außerordentlich geschadet hat. Das ging ja bereits aus den häßlichen Kommentaren hervor, die heute früh aus der Pariser Presse berichtet wurden. Aber auch in Berlin lebende Ausländer, die es mit Deutschland durchaus wohl meinen, erklären rund herum, daß sie nicht mehr verstanden, wie die Autorität der Reichsregierung und des Kanzlers dem Ausland gegenüber in einem Augenblick aus innerpolitischen Gründen herabgesetzt werde, wo es, kurz vor der Lausanner Konferenz, im Gegenteil darauf ankomme, eine absolute Geschlossenheit zu beweisen.

Nach der Auffassung politischer Kreise muß dringend gehandelt werden, daß alle Kreise der deutschen Öffentlichkeit erkennen, welche Schädigung der gesamtdeutschen Interessen unvermeidbar ist, wenn nicht auf die außenpolitische Situation mehr Rücksicht genommen wird als bisher. Die Steinschanze der Pariser Presse dürfte bereits eine deutliche Warnung davor sein, daß den Gegnern einer Reparationslösung neue Vorwände für eine ausweichende Taktik in Lausanne gegeben werden.

Das Reichskabinett ist in den letzten vierzehn Tagen bei der Verteidigung seiner Interessen in eine schwierige Lage gekommen. Auf der einen Seite verbot die noch nicht abgeschlossene Arbeit an der Notverordnung die Angaben konkreter Ziele und Einzelheiten. (Die einzige amtliche Verlautbarung war denkbar farblos). Auf der anderen Seite verhinderte die Abwesenheit des Reichspräsidenten jede Befundung über die Intentionen des Vertrauensverhältnisses, das zwischen Herrn von Hindenburg und seinem Kanzler bestand. Dr. Brüning mußte schweigend jede Verdrängung mit anhören, die von den Ministerverfern der politischen Journalistik, meist aus verdeckten Stellungen, gegen ihn abgesehen wurde. Er mußte nach einem General-Dementi auf Einzel-Dementis verzichten, weil jedes Dementi nur mit einem Fragezeichen versehen werden würde. Wir glauben zu wissen, daß diese Passivität den führenden Männern der Reichsregierung nicht immer leicht fiel, so man die verheerenden außenpolitischen Wirkungen dieser mehr oder weniger erzwungenen Zurückhaltung nur zu gut aus den täglichen Berichten unserer Auslandsvertreter ersah. Umso lebhafter ist jetzt beim Reichskanzler der Wunsch, mit diesem unwürdigen Intriguenenspiel aufzuräumen. Staatssekretär Dr. Meißner hat aus Rendeck eine Erklärung des Reichspräsidenten mitgebracht, nach der Herr von Hindenburg grundsätzlich bereit ist, weiter dem Kanzler sein Vertrauen zu schenken. Dr. Brüning wird in seinem eigenen wie im deutschen Interesse allergrößten Wert darauf legen, daß diese Erklärung nach der Besprechung am Sonntag auch öffentlich in unabweisbarer Form erfolgt. Jede Unklarheit in diesem Punkte wäre verhängnisvoll. Was in den letzten Tagen in französischen Blättern darüber gestanden hat, hat mit der offiziellen Auffassung der Wilhelmstraße nichts mehr zu tun. Es ist ein Spülkäse aus sehr dunklen Kanälen, das zum Teil auch in gewissen industriellen Propagandabüros zusammengebroht wurde.

Heute Sonnabend abend hätte der Reichskanzler auf dem Bankett der ausländischen Presse in Berlin Gelegenheit, auf die vielen in- und ausländischen Quertreibereien gegen ihn zu antworten. Da bis zu diesem Zeitpunkt die entscheidende Unterredung mit dem Reichspräsidenten noch nicht stattgefunden hat, wird sich Dr. Brüning jedoch, wie wir hören, in Bezug auf die rein politischen Fragen, eine gewisse Reserve auferlegen. Er beabsichtigt lediglich, die wirtschaftspolitischen Probleme dieser Wochen noch einmal in großen Zügen zusammenzufassen. Dabei dürfte der Reichskanzler auf das starke Absinken der deutschen Ausfuhr und auf die letzten ausländischen Boykottandrohungen zu sprechen kommen. Er wird wahrscheinlich noch einmal mit großem Ernst auf die Konsequenzen der wirtschaftlichen Grenzsperrungen hinweisen und keinen Zweifel daran lassen, daß die Gläubigerationen durch eine derartige Drosselungsmaßnahme selbst jene finanziellen Reserven zerschneiden, aus denen einzig und allein die deutschen Zinszahlungen geleistet werden können. Der Reichskanzler wird dann auf die Verschärfung der wirtschaftlichen Not in Deutschland zu sprechen kommen und auf die ungeheuren Entbehrungen, die dem deutschen Volk durch die soeben festgesetzte neue Notverordnung auferlegt werden sollen. Dabei dürfte er noch einmal ganz scharf die These unterstreichen, daß diese deutsche „Selbsthilfe“ überhaupt nur verantwortet werden kann, wenn das Ausland die Dittung darauf durch Streichung der Reparationen bei der Lausanner Konferenz gibt. Die Rede des Kanzlers wird zum Schluß in einer neuen Auforderung an alle verantwortlichen Stellen der Gläubiger-

## Stegerwald über Wirtschaftstriefe und Sozialpolitik.

Berlin, 28. Mai.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hielt in der Deutschen Wirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. Der Minister wandte sich zunächst gegen die Auffassung, daß man die Lohn- und Sozialpolitik losgelöst von der überlauen Politik behandeln könne.

Sehr fragwürdig sei es auch, an eine Morgenröte des wirtschaftlichen Liberalismus glauben zu wollen. Im Zeitalter der internationalen Kartell- und Trustwirtschaft, in dem in Italien der Faschismus, in Rußland der Kommunismus herrsche, liege der Wirtschaftselbstindividualismus in weiter Ferne. Falsch sei auch die Meinung, daß der staatliche Lohnschutz an unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere so großen Anteil haben, wie man gegenwärtig glaube. In dem außen- und innenpolitisch gleich schweren Jahre 1932 seien Lohn- und Sozialpolitische Experimente jedenfalls nicht angängig.

Aus der Entwicklung des deutschen Sozialzustandes und der Sozialversicherung zog der Minister die Folgerung, daß, möge man zur privatkapitalistischen Ordnung stehen wie man wolle, die Zeit des Niederknacks jedenfalls denkbar ungeeignet sei für Sozialisierung. Für die Arbeitnehmer resultiere aus dem Uebergang von der Ueberschußwirtschaft, die Deutschland vor dem Kriege betrieben habe, zur heutigen Defizitwirtschaft zweierlei: einmal, je höher die Beiträge zur Sozialversicherung, desto geringer der noch verbleibende Lohn und weiterhin: je höher in einem kapitalarmen Lande die Sozialabgaben, desto geringer der Kreis der Menschen, der beschäftigt werden kann.

In diesen Tagen stehe die Frage zur Entscheidung, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erneut erhöht werden sollen, um die Arbeitslosen über den künftigen Winter hinüberzubringen. Dabei müsse man sich klar sein, daß jede neue Belastung der Produktion so oder so viel Arbeitslose mehr bedeute. Es könne nicht mehr als Politik angeprochen werden, neue produktionsbelastende Steuern zu erheben, um die damit neu arbeitslos werdenden unterstützen zu können.

Objektiv gesehen seien sowohl die Vorstellungen in Arbeitnehmerkreisen, wir befänden uns im Stadium der Verschlagung der Sozialpolitik, falsch, wie auch jene in Arbeitgeberkreisen, daß die Sozialpolitik keine Rücksicht nehme auf die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft.

Bis jetzt sei sozialpolitisch nichts zerklüftet, bis jetzt sei lediglich ein Abbau der Leistungen erfolgt, nicht aber ein Abbau der Einrichtungen. Dieser Abbau der Leistungen sei nicht bloß als Verzicht anzusehen, sondern auch als Mittel zur Erhaltung des Wichtigsten. An der Krankenversicherung könne bestimmt nicht mehr viel geändert werden. Wenn die Invalidenversicherung in den nächsten Wochen in Balance gebracht sei, seien weitere Einsparungen auch bei ihr kaum noch möglich. Die Unfallversicherung sei durch weitere Rentenleistungen nicht in Ordnung zu bringen. Auf organisatorischem Wege seien bei der Arbeitslosenfürsorge ganz große Ersparnisse nicht mehr möglich.

Dr. Stegerwald wandte sich der Frage zu, wohin die deutsche Sozialpolitik im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage in den nächsten Jahren steuern müsse. Auf längere Sicht stehen wir vor drei Möglichkeiten: zurück zum Individualismus, zur weitestgehenden Wirtschaftsfreiheit; daran vermag ich nicht zu glauben; Sozialismus: Ich glaube nicht, daß

nationen gipfeln, sich des katastrophalen Ernstes des gegenwärtigen Augenblickes bewußt zu sein und die einzig mögliche Rettung nicht wenige Sekunden vor Zwölf durch Freiheit oder Schwäche zu zerstreuen. Als Ganzes betrachtet erwartet man von der Rede des Kanzlers in gut unterrichteten Kreisen keine neuen sensationellen Ueberbahrungen. Sie wird ein erneuter Rechenschaftsbericht sein, den der Kanzler über die Arbeit und die Ziele der Reichsregierung ablegt. Immerhin hat die Rede Bedeutung, weil sie noch einmal vor aller Welt und in großen Zügen eine Rechenschaft ablegt, die der Kanzler im einzelnen am darauffolgenden Tage unter vier Augen dem Reichspräsidenten wiederholen dürfte.

## Internationale Währungs-konferenz?

Paris, 28. Mai.

Die „Information“ veröffentlicht eine Meldung ihres Genfer Berichterstatters, daß amerikanische Bankkreise den Wunsch geäußert hätten, die Währungsfrage auf einer internationalen Konferenz zu erörtern, die unter Leitung des Völkerbundes zusammentreten sollte. Falls der Völkerbund diesem Verlangen nicht stattgeben sollte, würden die genannten Kreise Präsident Hoover bitten, die Initiative für eine solche Konferenz zu ergreifen.

## 11 Personen

durch einen Zyklon ums Leben gekommen.

Bombay. (Dunkelsturm.) Durch einen Zyklon in der Umgegend von Calcut kamen 11 Personen ums Leben.

es gut gehen kann, wenn im Tempo der Entwicklung zum Sozialismus und seinen verschiedenen Abarten so weiter fortgefahren wird, wie in den letzten Jahren; weitgehende wirtschaftliche Selbstverwaltung der Beteiligten. Ohne Selbstverwaltung gibt es kein wirtschaftliches Hineinwachsen der breiten Volksschichten in Staat und Wirtschaft. Wir müssen wieder zurück vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft. Tarifverträge müssen zu Gewerbegelehen ausgestaltet werden. Wie politisch, so ist auch in der Wirtschaft Selbstverwaltung nicht möglich ohne straffe Staatsaufsicht. Ähnliches, was für die öffentliche Verwaltung gilt, gilt für die Organisation der Sozialversicherung. Der Staat wird auf die Dauer mit der Sozialversicherung bestimmt nicht fertig. Von 44 Millionen Wählern stellen heute mehr als die Hälfte unmittelbar materielle Forderungen an den Staat.

Von den unmittelbar bevorstehenden Aufgaben, die die Sozialpolitik stark berühren, nannte der Minister drei:

1) Die Schaffung einer einfachen, klaren und billigen Staatsorganisation. Das ganze deutsche Steuerwesen muß einfach, klar und wirtschaftsfördernd gestaltet werden. Der endgültige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und die endgültige Regelung der Arbeitslosenfürsorge stellen uns vor eine Steuerreform großen Stils.

2) Es muß Klarheit bestehen über die Behandlung der Lohnfrage. Ich bin für Aufrechterhaltung des staatlichen Lohnschutzes. Der Zwangslöhnspruch muß aber künftig mehr in den Hintergrund treten. Die Regel muß die freie Vereinbarung sein, zu der der Staat mit seinen Schlichtungsorganen Hilfsleistung zu leisten hat.

3) Die Arbeitslosenfrage wächst sich neben der Außenpolitik immer mehr zu der deutschen Frage aus. Ein einziges großes Mittel zur Behebung oder auch nur härteren Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Die zwei größten Mittel, die bisher genannt wurden, sind einmal die Arbeitsbeschaffung großen Stils durch die öffentliche Hand vermehrt durch Kredithilfe, ferner eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit vermehrt durch verkürzter Arbeitszeit.

Mit ein oder zwei größeren Mitteln ist in der Tat der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen. Es müssen vielmehr alle gangbaren Wege beschritten werden, als da sind: energische Mitwirkung Deutschlands an der Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt, Schaffung gesicherter und politisch gesicherter Verhältnisse im Innern, Liberalität in der Kredit- und Zinspolitik, Arbeitsbeschaffung, soweit diese ohne Gefährdung der Währung möglich und vertretbar ist, bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit, Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes usw., Arbeitslosenrente und die Verminderung der Beschäftigungslosen müssen sowohl zentral und örtlich unter Zuhilfenahme aller organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten angepackt werden.

Der Minister schloß: Entweder wir überleben das Jahr 1932 durch gegenseitiges Stützen und Helfen oder aber das deutsche Volk bringt sich selbst um seine Zukunft für Jahrzehnte. In den Jahren 1931/32 hat all das, was in der Welt-politik und in der deutschen Politik seit Jahrzehnten verheißt war, kulminiert. Diesen Kulminationspunkt müssen wir übersteigen.

## Amnestie in Anhalt

Desau, 28. Mai.

Der Anhaltische Landtag nahm ein Amnestiegesetz der neuen Regierung an, durch das für politische Vergehen Straffreiheit gewährleistet wird.

Anträge der Linken, auch die Strafen für Vergehen einzubehalten, die aus wirtschaftlicher Not erfolgt seien, wurden abgelehnt. Dagegen gab Ministerpräsident Freyberg die Erklärung ab, daß das Ministerium von sich aus im Verwaltungswege Vergehen aus wirtschaftlicher Not amnestieren werde.

## Gerüchte um Lausanne

London, 28. Mai.

In unterrichteten Kreisen wird das Gerücht, England und Frankreich hätten sich über die Lausanner Konferenz dahingehend geeinigt, daß die Sitzungen rein formalen Charakter haben würden und daß nach Einholung von Sachverständigenausschüssen die Vertagung der Konferenz beschlossen werden würde, als „völlig unbegründet“ bezeichnet. Es wird bemerkt, daß keinerlei Abmachungen zwischen den beiden Ländern über die Lausanner Konferenz beständen, ganz abgesehen davon, daß augenblicklich gar keine französische Regierung vorhanden sei, mit der eine Vereinbarung von dieser Tragweite auch nur erörtert werden könnte.